

MITTEILUNG

„Kommunikationsstörungen und Demokratiedefizite. Für eine Streitkultur des Verstehen-Wollens“ – Eine Veranstaltung der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen e.V. am 13. Dezember 2017 in Berlin

Im Vorfeld der Abendveranstaltung fand am 13. Dezember 2017 die Jahresversammlung der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen e.V. (DVParl) in Berlin statt, auf der ein neuer Vorstand zu wählen war: Vorsitzender wird zukünftig der CDU-Bundestagsabgeordnete und Stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion *Johann David Wadephul* sein. Er löst die langjährige Vorsitzende *Eva Högl* (SPD) ab. Es ist dem Redaktionsteam der ZParl ein besonderes Anliegen, ihr auch an dieser Stelle für die vertrauensvolle Zusammenarbeit zu danken.

Zu Stellvertretern der DVParl wurden *Reinhard Müller* (Redakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung), *Patrick Sensburg* (CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Münster) und *Heinrich Oberreuter* (Emeritus Universität Passau und Akademie für Politische Bildung in Tutzing), der zugleich Beauftragter des Vorstandes für die ZParl ist, gewählt.

Unter dem Titel „Kommunikationsstörungen und Demokratiedefizite. Für eine Streitkultur des Verstehen-Wollens“¹ diskutierte die DVParl im Anschluss die Frage, wie Bürger und Politiker mit Rechtspopulisten umgehen können, wie sich eine Balance zwischen Gesprächsbereitschaft und Konfrontation finden lässt. Beides scheint nötig: das Gespräch und die Abgrenzung, das Bemühen, den Anderen zu verstehen, aber auch das Setzen klarer Grenzen. Wer nur belehrt und pauschal stigmatisiert, erzeugt bei den nur diffus überzeugten Anhängern der Populisten womöglich eine nicht gewollte Solidarisierung mit ihnen. Wer jedoch auch das Überschreiten von roten Linien als wertvollen Dialog preist, macht womöglich völkisches Denken salonfähig und überlässt Populisten und Rassisten die Bühne.²

Zur Erörterung dieser Zusammenhänge eingeladen war der Dresdner Theologe *Frank Richter*, der acht Jahre die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (SLpB) leitete. Heute ist er Geschäftsführer der Stiftung der Dresdner Frauenkirche. Mit dem Publikum wollte er seine praktischen Erfahrungen im Umgang mit den Anhängern der Pegida teilen.³ *Heinrich Oberreuter* moderierte die Abendveranstaltung.

- 1 Ein Bericht der Veranstaltung findet sich auch bei *Götz Hausding*, „Nicht-Kommunikation wird schiefegehen“, in: Das Parlament vom 18. Dezember 2017, S. 18.
- 2 Vgl. *Bernhard Pörksen*, Raus aus der Abwertungsspirale. Mit Rechten reden und mit Rechtspopulisten streiten – aber wie? Vorschläge aus kommunikationspsychologischer Perspektive, in: Der Tagesspiegel online vom 19. November 2017, <http://www.tagesspiegel.de/medien/umgang-mit-rechtspopulisten-raus-aus-der-abwertungsspirale/20602236.html> (Abruf am 19. Januar 2018).
- 3 Vgl. auch *Frank Richter*, Stadtgespräche. Politische Bildung als Seelsorge?, in: APuZ, 66. Jg. (2016), H. 5-7, S. 28 – 33; *ders.*, Umgang mit Rechtspopulisten – Ein Beispiel aus Sachsen, von dem man lernen kann, in: Der Tagesspiegel online vom 7. Oktober 2017, <http://www.tagesspiegel.de/politik/umgang-mit-rechtspopulisten-ein-beispiel-aus-sachsen-von-dem-man-lernen-kann/20400464.html> (Abruf am 19. Januar 2018).

Gleich zu Beginn seiner Ausführungen machte *Richter* deutlich, dass er 2014 mit dem Gesprächsangebot an die Pegida-Demonstranten, für das er auch viel Kritik habe einstecken müssen, nichts Ungewöhnliches getan habe, sondern nur das, was in seiner Tätigkeitsbeschreibung bei der SLpB gestanden habe, nämlich „dafür zu sorgen, dass der politische Diskurs in der Gesellschaft offen und kontrovers geführt werden kann“. Sein Engagement sei auch nötig gewesen, weil andere, die sich von ihrer Profession her der Diskussion auch hätten stellen müssen, „es offenbar nicht getan haben“.

Durch Pegida sei deutlich geworden, dass es eine „Dialogverweigerung“ über viele Monate und Jahre gegeben habe. *Richter* fühlt sich dadurch in die Wendezeit zurückversetzt, als er Mitglied der „Gruppe der 20“ war, die sich im Oktober 1989 in Dresden während einer Demonstration gebildet hatte und deren Aufgabe es war, mit den staatlichen Stellen das Gespräch zu suchen. Damals wie heute sei das „dialogische Prinzip schwer beschädigt, und die demokratischen Prinzipien werden [von einem Teil der Bevölkerung] entweder nicht mehr akzeptiert, oder sie erscheinen nicht wahrhaftig, oder sie sind möglicherweise auch nicht geeignet“. Ferndiagnosen, wie etwa die des nordrhein-westfälischen Innenministers *Ralf Jäger*, der die Demonstrationen der islamfeindlichen Pegida in Dresden Ende 2014 als „Nazis in Nadelstreifen“ bezeichnete oder von Bundesjustizminister *Heiko Maas*, der von einer „Schande für Deutschland“ sprach, hätten den „gefährlichen Hintermännern von Pegida“ in die Karten gespielt, so *Richter*.

Auf dem Höhepunkt der Pegida-Bewegung seien es immerhin 25.000 Menschen gewesen, die durch Dresden gezogen seien und damit hätten deutlich machen wollen, dass sie mit der bestehenden politischen Ordnung nichts mehr zu tun hätten.⁴ Laut *Richter* gab es ein Zeitfenster zwischen November 2014 und Januar 2015, „in dem eine offene politische Kommunikation fast alles richtig hätte machen können“. Man hätte sich der Situation stellen und wahrnehmen müssen, „dass sich offenbar – und nicht erst mit dem Aufkommen der Pegida – etwas angestaut habe“. So hätten die Menschen, „die in die falschen Hände geraten waren“, abgeholt werden können.

Wie der politisch heikle Diskurs zu führen ist, verdeutlichen die Erfahrungen mit dem Projekt „Kommune im Dialog“ (K!D), das bereits vor dem Aufkommen der Pegida als Ergänzung zum Bildungsprogramm der SLpB aufgebaut worden war. Nach der Erzählung von *Richter* konnten damit bemerkenswerte Synergien erzeugt werden, um „blockierte Prozesse der politischen Meinungs- und Willensbildung“ aufzulösen. Die K!D-Veranstaltungen wurden ausschließlich auf Nachfrage von Bürgermeistern, Landräten oder Vereinen realisiert. In den meisten Fällen ging es um Proteste der Bürgerschaft im Zusammenhang mit der Einrichtung und Betreibung von Unterkünften für Geflüchtete. Die Mitarbeiter der Landeszentrale verabredeten mit den lokalen Verantwortlichen die Organisation von Bürgerversammlungen, Gremiensitzungen und Vortragsabenden.

Exemplarisch berichtete *Richter* von seinen Erlebnissen in der westerbirgischen Kleinstadt Schneeberg. Nachdem im November 2013 knapp 2.000 Menschen einem NPD-Aufruf gefolgt waren, um gegen eine geplante Asylunterkunft zu protestieren, gelang es gemeinsam mit der Stadtverwaltung, Bürgerversammlungen zu organisieren und zu moderieren. Die Stadtbevölkerung wurde eingeladen, mit Juristen, Polizisten, Ärzten, Vertretern

4 Zu den Pegida-Demonstranten und ihren Einstellungen zur Demokratie siehe die Beiträge von *Karl-Heinz Reuband* und *Werner J. Patzelt* in diesem Heft der ZParl.

des Malteser-Hilfsdienstes und kommunalen Angestellten über die rechtlichen, organisatorischen, finanziellen, politischen, alltagspraktischen und humanitären Aspekte von Flucht und Asylgewährung zu diskutieren. Auch wenn die ersten Diskussionen hitzig verliefen und ortsansässige Mitglieder der NPD versuchten, die Gespräche zu stören, konnte in den insgesamt sieben regelmäßig stattfindenden und gut besuchten Treffen die Stimmung in der Bürgerschaft beruhigt und die Diskussion versachlicht werden. Es war deutlich geworden, dass die von der NPD Aufgehetzten eine kleine Minderheit darstellten. Die nunmehr besser informierte, ernst genommene, angehörte und sachlich diskutierende Mehrheit hatte – und das nicht durch Zuschreibung von außen, sondern aus sich heraus – gelernt, jene, „die unsere Ordnung bekämpfen, zu identifizieren, zu isolieren und gesellschaftlich zu ächten“, so *Richter*.

Allein 2015 wurden in etwa 50 sächsischen Kommunen Versammlungen moderiert, an denen insgesamt rund 9.000 Personen teilnahmen. *Richter* legte dar, dass in vielen Fällen eine konstruktive Gesprächssituation erzeugt werden konnte. Die Tätigkeit des K!D-Teams beschränkte sich dabei nicht nur auf die Moderation; nebenbei wurden Hintergrundwissen, eine konstruktive Debattenkultur und Inhalte der politischen Bildung vermittelt.

Bei der anschließenden Diskussion standen zwei Themen im Vordergrund. Von *Nils Diederich* und *Wolfgang Wieland* auf den spezifisch ostdeutschen Nährboden der Pegida-Bewegung angesprochen, verwies *Richter* auf eine Vielzahl von Gründen. So habe der Osten keine „wirklich länger währende Erfahrung mit Demokratie und einer offenen Gesellschaft gemacht“. Eine faire und den Kompromiss anstrebende politische Streitkultur sei nur schwach ausgeprägt. Die Bürger in den neuen Bundesländern hätten zudem eine Transformation hinter sich, die für viele „keinen Stein auf dem anderen gelassen hat“. Darüber hinaus gebe es eine andauernde „Überschichtung der ostdeutschen Gesellschaft durch westdeutsche Eliten“. Zum näheren Verständnis empfahl *Richter* eine 2016 veröffentlichte Studie der Universität Leipzig⁵, nach der 70 bis 80 Prozent der ostdeutschen Spitzenpositionen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft mit Personal besetzt sei, das aus dem Westen stamme. Entgegen der anfänglichen Erwartung ist die Dominanz von Amtsträgern aus dem Westen nicht vorübergehend. So stammt zum Beispiel mehr als die Hälfte der Staatssekretäre in den ostdeutschen Ministerien aus den alten Bundesländern, bei den Abteilungsleitern sind es sogar drei Viertel.

Das führe bei einigen Bürgern zu Akzeptanz- und Aneignungsdefiziten der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und zu einem Vertrauensverlust in die Institutionen der repräsentativen Demokratie. Auch ist die Wahlbeteiligung in den neuen Bundesländern im bundesweiten Vergleich am niedrigsten; zudem gebe es die Neigung, zunehmend radikaler zu wählen und sich zu artikulieren. Der von der sächsischen Staatsregierung in Auftrag gegebene Monitor zur Untersuchung der politischen Einstellungen bestätigte Ende 2016 einen hohen Sockel autoritärer Denkmuster in der sächsischen Bevölkerung.

5 Siehe *Michael Bluhm / Olaf Jacobs*, Wer beherrscht den Osten? Ostdeutsche Eliten ein Vierteljahrhundert nach der deutschen Wiedervereinigung, Leipzig 2016, <http://www.mdr.de/heute-im-osten/wer-beherrscht-den-osten-studie-100-downloadFile.pdf>. Die Studie ist auch als multimediale Reportage mit Texten, Fotos sowie Audio- und Videomitschnitten zu sehen; vgl. <https://reportage.mdr.de/wer-beherrscht-den-osten#4840> (Abruf jeweils am 19. Januar 2018).

Die Tatsache, dass sich die Zahl der Pegida-Demonstranten in Dresden auf weniger als 3.000 verringert hat, habe sicherlich – so die Anmerkung von *Eckart Klein* – mit der Stigmatisierung der Anhänger zu tun. *Richter* verwies darauf, dass der abnehmende Zulauf zu den Pegida-Veranstaltungen auch mit den zahlreichen Bürgerversammlungen zu tun haben könne, die zum Thema Migration aufgeklärt und einen vernünftigen Diskurs eingeführt haben. Darüber hinaus haben viele der Pegida-Anhänger in der AfD eine Heimat gefunden. Die verbliebenen Demonstranten haben hingegen ein „geschlossenes Weltbild und sind kaum erreichbar“, so *Richter*.

Zum Abschluss lenkte *Heinrich Oberreuter* die Diskussion auf die Allgemeinheit der Befunde. Sachsen weise auf Probleme hin, die vorher vielleicht gefühlt, nun aber greifbar und damit allgemeiner Diskussionsgegenstand seien. Die ursächlichen Probleme unterscheiden sich im Osten von denen im Westen Deutschlands nicht substantiell, sondern graduell. Daher stieß *Sven T. Siefken* an, zu überlegen, was Politiker vor Ort in den Wahlkreisen im Kontakt mit den Bürgern durch die von *Richter* beschriebenen Moderationsprozesse lernen können, während *Reinhard Müller* für Grenzen der Kommunikation plädierte: Eingeschritten werden müsse, wenn strafbare Handlungen begangen werden.

Es gilt das abschließende Plädoyer von *Frank Richter*: „Kommunikation kann schiefgehen, nicht zu kommunizieren wird schiefgehen.“ Klar ist aber auch: Neben der geforderten unabdingbaren Pflicht der Politiker, Bürger zu informieren, sie über die Gründe ihres politischen Handelns ins Licht zu setzen und für (auch unpopuläre) Positionen zu werben, gibt es ebenso ein Gebot der Bürger, Informationen einzuholen und bestehende Kommunikations- und Partizipationsangebote zu nutzen. Erfolgreiche Kommunikation ist keine Einbahnstraße, sie setzt die Bereitschaft des Sprechens, Zuhörens und Verstehens auf beiden Seiten voraus – der Politiker und der Bürger. Es ist hervorzuheben, dass Abgeordnete vor allem mit ihrer Wahlkreisarbeit⁶ bereits wesentlich dazu beitragen, die Kommunikationsfunktion in einer repräsentativen Demokratie zu erfüllen. Das Wissen um die Bedingungen und tatsächliche Ausgestaltung jener wichtigen und von Bürgern und Medien bisher nicht ausreichend beachteten Abgeordnetentätigkeit, kann dazu beitragen, dem bis zur Politikverdrossenheit ausufernden schlechten Ansehen von Parteien, Parlamenten und der Politik im Allgemeinen durch beständige Aufklärung – auch durch die Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen – entgegenzuwirken.

Alexander Kühne

6 Siehe *Sven T. Siefken*, Repräsentation vor Ort: Selbstverständnis und Verhalten von Bundestagsabgeordneten bei der Wahlkreisarbeit, in: ZParl, 44. Jg. (2013), H. 3, S. 486 – 506; *Danny Schindler*, Die Mühen der Ebene: Parteiarbeit der Bundestagsabgeordneten im Wahlkreis, in: ZParl, 44. Jg. (2013), H. 3, S. 507 – 525; *Oscar W. Gabriel / Eric Kerrouche / Suzanne S. Schüttemeyer* (Hrsg.), Political Representation in France and Germany: Attitudes and Activities of Citizens and MPs, London 2018.